

Die Schweiz steht vor einem ungeahnten Linksruck

Morgen wird abgestimmt: Managergehälter sind künftig womöglich auf das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes begrenzt. 2014 könnte ein nicht für möglich gehaltener Mindestlohn folgen.

Von Tobias Bayer - 23.11.2013

Wie viel darf ein Topmanager im Vergleich zu einfachen Mitarbeitern seiner Firma verdienen? Die Schweizer diskutieren diese Frage seit Wochen. Am Sonntag können sie entscheiden, ob sie die Managereinkünfte begrenzen wollen.

Ein lautstarker Gegner ist der 71-Jährige Franco Ambrosetti. Er ist ein bekannter Jazzmusiker, war Fabrikant und Präsident der Handelskammer Tessin. Rund 40 Konzerte gibt der Schweizer Trompetenvirtuose im Jahr.

Vielleicht nimmt er bald ein neues Stück in sein Repertoire auf. Auf die Frage, zu welcher Einlage ihn seine Heimat Schweiz derzeit inspiriert, sagt Ambrosetti: "Die Internationale. Natürlich dann in einer Jazz-Version."

Ob Ambrosetti bald auf der Bühne das Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung ertönen lässt, entscheidet sich am Sonntag. Das Schweizer Volk stimmt über die 1:12-Initiative der Jungen Sozialisten ab.

Der **Top-Verdiener** eines Unternehmens soll nicht mehr verdienen dürfen, als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes. Es wäre ein weltweit wohl einzigartiger Staatseingriff in die Wirtschaft. Nach aktuellen Umfragen dürfte die Initiative zwar abgelehnt werden.

Abstimmung über Mindestlohn

Doch mehr als ein Drittel der Bürger sind dafür. Die 1:12-Initiative ist wohlgerneht erst der Anfang. Abgestimmt wird 2014 wohl über einen gesetzlichen Mindestlohn von 4000 Franken (3250 Euro) und die Einführung der Erbschaftsteuer. Die liberale Schweiz rückt nach links – zum Erstaunen und Entsetzen der Wirtschaft.

Es sind außerordentliche Zeiten für die Schweiz. Die Eidgenossenschaft steht im Vergleich zu den übrigen Ländern in Europa blendend da. Die Konjunktur läuft, die Staatsverschuldung ist unter Kontrolle, die Arbeitslosigkeit ist gering.

Das Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit, das in südlichen Ländern wie Italien, Portugal und Spanien verheerende Ausmaße angenommen hat, ist in der Schweiz unbekannt.

Doch das Erfolgsmodell Schweiz weckt Begehrlichkeiten, von außen wie von innen. Länder wie Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten setzen die Schweizer Banken unter Druck und fordern, dass sie bei unversteuerten Vermögen reinen Tisch machen. Das Bankgeheimnis, über Jahrzehnte eine uneinnehmbare Bastion, ist Geschichte. Auch im Innern des Landes rumort es.

Abfindungen erregen Zorn der Bürger

Nach dem Grounding der Swissair im Herbst 2001 und der Staatsrettung der Bank **UBS** im Herbst 2008 stellen viele Schweizer Bürger die Kompetenz ihrer Top-Manager in Frage.

Üppige Entlohnungen wie das Abschiedspaket in Höhe von 72 Millionen Franken für Daniel Vasella, den Ex-Verwaltungsratspräsidenten des Pharmakonzerns **Novartis**, schüren den Zorn der Masse gegen die Wirtschaftselite. Die Bürger zweifeln daran, dass es gerecht zugeht.

"Gefährlich" sei die 1:12-Initiative, sagt Ambrosetti. Er empfängt am Sitz der Handelskammer in Lugano, im Zentrum der Stadt. Das bekannte Kasino und der See sind gerade einmal einen halben Kilometer entfernt.

Ambrosetti war Eigentümer zweier Radfabriken in Italien und in der Schweiz. Später stellte er auch Fahrwerke her, unter anderem für das Kampfflugzeug F/A 18. Er hat seine Firmen aber verkauft und widmet sich seitdem ganz der Musik.

Vier bis fünf Monate lebt er in Griechenland, auf der kykladischen Insel Paros. "Ich glaube zwar nicht, dass sich wegen der Initiative kurzfristig irgendetwas ändern würde", sagt Ambrosetti.

Es geht ums Prinzip

Schließlich wäre von der Regelung nur ein kleiner Personenkreis betroffen. Auch die Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen seien beherrschbar. Das sei nur ein "Geldproblem".

"Entscheidend ist allerdings das Prinzip. Ab dem Moment, in dem der Staat eingreift, werden sie ihn nicht mehr los." Das sei wie mit der Büchse der Pandora. "Für die Schweiz wäre das revolutionär. Die Schweiz ist ein liberaler Staat. Nicht das perfekte Ideal, aber besser als die meisten anderen. Warum soll plötzlich alles wegen ein paar weniger Personen geändert werden?"

Die 1:12-Initiative an sich hätte auch nach Einschätzung von Volkswirten nur geringe Wirkung. "In der Tat sind höchst ungleich verteilte Löhne innerhalb einer Unternehmung eine Ausnahmerecheinung", schreibt die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich in einer Studie. Sie spricht von 1000 bis 1300 Firmen, die von der staatlichen Salärobergrenze betroffen wären.

Darunter fallen würden Finanz- und Versicherungsgesellschaften, der Großhandel, Unternehmensberatungen und das Gesundheitswesen. Der Personenkreis, der Einbußen erleiden würde, sei klein.

4400 Beschäftigte von den 3,4 Millionen, die in der Stichprobe überprüft wurden, verdienten mehr als das Zwölfwache des mittleren Einkommens. Durchschnittlich nähmen die Hochbezahlten 826.000 Franken im Jahr mit nach Hause, heißt es in der Analyse. Alles in allem: Keine Zahlen, die Angst einjagen.

Konzerne drohen mit Verlagerung

Doch die nackten Statistiken spiegeln die wahre Gefahr nicht wider. In den Führungsetagen herrscht Alarmstufe Rot. "Wir lehnen die 1:12-Initiative ab. Wir sind überzeugt, dass sie schwere negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft hat", sagt Ulrich Spiesshofer, der Chef des Energie- und Automatisierungskonzerns ABB.

"Die Konzernleitung in großen Konzernen kann man verlagern." Noch pointierter drückt sich Ivan Glasenberg aus, der Chef der Rohstoffhandelsfirma und Minengesellschaft **Glencore**. Die Anforderungen von 1:12 würde das Unternehmen nicht erfüllen. "Wir würden unsere besten Talente verlieren."

Der Hauptsitz in Baar im Kanton Zug könne nicht mehr aufrechterhalten werden, warnte Glasenberg. "Wir glauben an den Standort Schweiz. Wenn diese Vorlage angenommen würde, wären wir aber möglicherweise gezwungen, ins Ausland zu ziehen, obwohl wir dies nicht wollen."

Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Uno-Chefökonom Heiner Flassbeck zählt zu den Befürwortern der Initiative. Sie sei gerechtfertigt, weil die Abweichung der hohen Gehälter immer größer werde, sagte er. Die inflationäre Vergütung der Konzernchefs sei unverhältnismäßig im Vergleich zur wirtschaftlichen Produktion.

Ganz dicht dran am Schweizer Wirtschaftsgeschehen ist Björn Johansson. Der Norweger kam Ende der 60er-Jahre in die Schweiz, studierte zusammen mit Ex-Deutsche-Bank-Chef **Josef Ackermann** an der Universität St. Gallen und ist heute einer der gefragtesten Headhunter des Landes. Bei den prominentesten Besetzungen kann man davon ausgehen, dass der "Wikinger", wie er sich scherzhaft nennt, meistens die Finger mit im Spiel hat. Sein Büro hat er am noblen Utoquai in Zürich.

Headhunter sorgt sich um Forschung

Es eröffnet sich der Blick über den Zürichsee. Er lebe und arbeite "im besten Land der Welt", sagt Johansson. Doch er mache sich ernste Sorgen. "Wenn 1:12 durchkommt, dann geht es mit diesem Land unglaublich schnell nach unten." Nicht wenige Firmen würden ihren Sitz ins Ausland verlegen. "Die Zentrale, die Forschung", sagt Johansson.

Er habe das von Verwaltungsratspräsidenten, Konzernchefs und Personalverantwortlichen im Smalltalk schon "sehr oft" gehört. Die Schweizer sollten sich die Erfahrungen anderer Länder zu Herzen nehmen, sagt Johansson.

Er habe beispielsweise lange in Irland gearbeitet. "Ich habe gesehen, wie schnell es aufwärts ging. Und wie unglaublich schnell wieder abwärts." Island? "Ich habe die Explosion kristallklar gesehen." Spanien? "Ich habe das Wachstum erlebt, die brummende Baukonjunktur. Und danach die leer stehenden Häuser."